V-3 Israel und Palästina: Humanität und Menschenrechte für alle!

Gremium:	Landesvorstand Grüne Jugend Hamburg
Beschlussdatum:	21.11.2024
Tagesordnungspunkt:	TOP 4 Verschiedene Anträge
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Humanität und Menschenrechte für alle

Am 07. Oktober 2023 haben die islamistische Terrororganisation Hamas, der Islamische Jihad in Palästina, die PFLP, die DFLP und weitere kleinere Gruppen einen terroristischen Angriff auf Israel gestartet. Es gab Luftangriffe mit tausenden Raketen, Morde und Geiselnahmen von Zivilist*innen. Diese Angriffe sind auch Angriffe auf Israel als Schutzraum jüdischen Lebens. Dieser brutale Terror ist durch nichts zu rechtfertigen.

Gerade deshalb sind wir solidarisch mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, die seit Jahren unter der grausamen Terrorherrschaft der Hamas leiden muss und gerade jetzt instrumentalisiert wird. Unsere Gedanken sind bei den tausenden Palästinenser*innen, die im vergangenen Jahr verletzt wurden oder getötet wurden oder sich nun, teilweise zum wiederholten Male, auf der Flucht befinden. Weiterhin braucht es dringend sichere Fluchtwege aus Gaza; auch dafür tragen alle in der Region Verantwortung.

Die Bilder der letzten Wochen werden immer brutaler wie jene vom Al-Aqsa Krankenhaus. Menschen, die in den Flammen bei lebendigem Leibe verbrennen. Eine gewaltige Welle an Empörung bleibt aus. Die Menschen sind abgestumpft, erwarten eine konstante Steigerung des Leids. Wir sagen: Zehntausende Tote, die meisten davon Frauen und Kinder, ist Leid genug! Das israelische Militär hat große Teile des Gazastreifens in Schutt und Asche gelegt. Besonders betroffen sind davon Zivilist*innen. Die Hamas versteckt sich hinter Zivilist*innen, womit sie das internationale Völkerrecht bricht und nutzt Fallen, um Soldat*innen auf brutalste Art und Weise zu töten. Trotzdem zeigen verschiedene Umfragen, dass nach wie vor mehr als die Hälfte aller Menschen in Gaza den Terrorangriff auf Israel für richtig halten. Der Hass in der Region ist spürbar. Eine langfristige Konfliktlösung muss dies berücksichtigen. Neueste Berichte werfen auch dem israelischen Militär vor, Zivilist*innen als menschliche Schutzschilde zu nutzen, und die Äußerungen von einzelnen rechtsextremen Regierungsmitgliedern entmenschlichen Palästinenser*innen.

Dieser Krieg zeigt auf, welche Wirkungen Desinformationskampagnen haben. Es braucht jetzt sicheren unabhängigen Journalismus im Gazastreifen, der über die grausame Lage neutral berichten kann. Darüber hinaus sind auch deutsche Medien aufgefordert, ihre Fakten zu prüfen und nicht auf die Propaganda der Hamas und Israels hineinzufallen und diese zu reproduzieren. Darüber hinaus werden Zivilist*innen Spielball mehrerer Kriegsparteien gleichzeitig und deshalb muss der Schutz dieser ein Fokus bei der Konfliktlösung sein.

Dabei verursachten die israelischen Verteidigungsmaßnahmen und Vergeltungsangriffe nach dem 7. Oktober 2023, bei denen mindestens 1200 Zivilist*innen getötet und 239 entführt wurden, besonders im Gazastreifen, eine humanitäre Katastrophe, die tausende zivile Opfer forderte und wesentliche Infrastruktur zerstörte. Wir begrüßen, dass die EU eine Luftbrücke zur Versorgung der Menschen in Gaza eingerichtet hat und erwarten weiterhin von allen in der Region maximale Bereitschaft dazu, die humanitäre Situation zu verbessern. Tatsächlich kommen jedoch bisher zu wenige Güter sicher an, unter anderem da die Hamas Hilfsgüter beschlagnahmt und überteuert an die Menschen verkauft, aber auch weil NGOs und andere Akteure Angst vor Beschuss durch das israelische Militär haben. Die humanitäre Krise im Gazastreifen erfordert sofortige Maßnahmen. Dabei verurteilen wir die Pläne Israels, das UN Hilfswerk UNRWA zu schließen und auf dem Gelände des Hauptquartiers Siedlungen zu errichten zu wollen.

Die anhaltende Gewalt muss beendet und eine politische Lösung durch Verhandlungen und die Achtung der Menschenrechte angestrebt werden. Wir fordern die Terrororganisation Hamas deshalb auf, die Waffen niederzulegen, alle verbliebenen Geiseln sofort zu befreien und sicher an Israel zu übergeben, damit auch Israel die Waffen niederlegen kann. Die internationale Gemeinschaft muss Verantwortung übernehmen und Schritte für Frieden und Gerechtigkeit einleiten.

Stoppt das Töten von Zivilist*innen, Deeskalation jetzt!

Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung und Existenz. Es wäre allerdings ein Trugschluss, zu sagen, dass Frieden nur von Israel abhängt. Das Gegenteil ist der Fall: Israel ist umgeben von antisemitischen Terrororganisationen und deshalb ist es wichtig, dass Israel sich verteidigen darf und kann. Immer wieder wird der Vorwurf eines Genozids von Israel an den Palästinenser*innen erhoben. Deshalb fordern wir die schnelle Aufklärung durch unabhängige Organisationen und zuständige Gerichte während und nach dem Konflikt. Bis dahin geht es darum, dass der Konflikt nicht weiter eskaliert, wobei dies genau die Realität ist. Israel reagiert auch auf Angriffe aus dem Iran oder der Hisbollah im Libanon mit militärischen Gegenmaßnahmen, die auch die Zivilbevölkerung treffen. Wir haben Angst vor weiterer Eskalation und Leid in der Zivilbevölkerung.

Während wir den Kampf gegen die Terrororganisationen Hamas, Hisbollah und das iranische Unrechtsregime unterstützen, sehen wir die derzeitige Kriegsführung

durch die rechtsextreme Regierung Israels sehr kritisch.

Wir fordern den Bundesvorstand der Grünen Jugend auf:

Der Bundesvorstand der Grünen Jugend setzt sich für folgende Forderungen in der Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsarbeit und in Gesprächen mit bündnisgrünen Akteuren und Verantwortungsträger*innen ein:

1. Für Frieden, Sicherheit und Freiheit im Nahen Osten fordern wir eine ZweiStaaten-Lösung und das sofortige Ende der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik in den palästinensischen Autonomiegebieten.

2. Auf die EU, UNO und Arabische Liga einzuwirken, einen sofortigen umfassenden Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas zu erwirken und den ungehinderten humanitären Zugang in den Gazastreifen zu ermöglichen.

3. Sich mit Nachdruck für die Achtung der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts und der Genfer Konventionen für die Palästinenser einzusetzen.

    - Die Grüne Jugend wird Bildungsarbeit zur Verfügung stellen, die sich kritisch mit den Verflechtungen des Unrechtsregimes im Iran, den Terrororganisationen Hisbollah und Hamas sowie der Regierung und Politik Israels, der Geschichte des Nahost Konflikts und einer Lösung dessen auseinandersetzt.

4. Die Bundesregierung aufzufordern, als Bundesrepublik Deutschland Palästina als Staat offiziell anzuerkennen.

Wir weisen Rassismus entschieden zurück!

Wir als Grüne Jugend sehen aber, dass unser Wirksamkeitsbereich auf Deutschland beschränkt ist. Doch auch hier macht sich der Krieg bemerkbar. Antisemitismus und antimuslimischer- und antiarabischer Rassismus sind auf einem Hoch, wie lange nicht mehr. Dabei zeigt sich besonders eine Entsolidarisierung gegenüber unseren muslimischen, arabischen und jüdischen Mitmenschen. Wir verurteilen diskriminierende Handlungen, ob antisemitisch oder anti-muslimisch, und bedauern deren Anstieg seit den Terrorangriffen der Hamas am 7. Oktober 2023.

Dass der Angriff der Hamas auf Israel und die gerechtfertigte Wut auf diejenigen, die die Gräueltaten der Hamas auf unseren Straßen feierten, im vergangenen Jahr immer wieder für rassistische Debatten in Deutschland genutzt wurde, ist schäbig: In Deutschland lebenden Muslim*innen kollektiv zu unterstellen, die Gräueltaten der Hamas gutzuheißen, ist schlicht rassistisch.

Selten haben sich Menschen aus der muslimischen, arabischen sowie jüdischen

Community so alleine und ausgegrenzt gefühlt. Dazu kommt eine Politik, die ständig gegen Migrant*innen hetzt. Sei es Friedrich Merz, der gegen migrantisierte Taxifahrer hetzt, eine CSU, die antimuslimisches Propagandamaterial herstellt, das an dunkelste Zeiten erinnert, oder Grüne, die eine Asylrechtsverschärfung nach der anderen durchwinken. Auch die zunehmenden Abschiebedebatten weisen wir entschieden von uns. Antisemitismus wird nicht durch die Beteiligung an rassistischen Debatten bekämpft. Antimuslimischer Rassismus ist keine Strategie gegen Antisemitismus! Antisemitismus ist nicht „importiert“!

Wir sagen: Es reicht! Dieser Teufelskreis der Hetze gegen Muslim*innen darf nicht weiter befeuert werden. Die Gefahr von rechts richtet sich nicht nur gegen Jüd*innen, sondern auch gegen Migrant*innen und viele andere marginalisierte Gruppen. Deutschland hat ein echtes Problem mit Islamismus. Anstatt dieses entschlossen anzupacken, wird weiterhin ein Keil durch die Gesellschaft getrieben, der Menschen nur noch weiter in die Radikalisierung treibt. Statt Populismus braucht es jetzt eine solidarische und integrierende Politik!